

Schriften zum Öffentlichen Recht

Band 1045

**Staatseigenschaft
gemischtwirtschaftlicher
Unternehmen**

**Eine Untersuchung der staatlichen Qualität
unternehmerischer Entscheidungen**

Von

Ariane Berger



Duncker & Humblot · Berlin

ARIANE BERGER

Staatseigenschaft gemischtwirtschaftlicher
Unternehmen

Schriften zum Öffentlichen Recht

Band 1045

Staatseigenschaft gemischtwirtschaftlicher Unternehmen

Eine Untersuchung der staatlichen Qualität
unternehmerischer Entscheidungen

Von

Ariane Berger



Duncker & Humblot · Berlin

Der Fachbereich Rechtswissenschaft
der Freien Universität Berlin
hat diese Arbeit im Jahre 2005
als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2006 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fremddatenübernahme: Klaus-Dieter Voigt, Berlin
Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin
Printed in Germany

ISSN 0582-0200
ISBN 3-428-12214-3
978-3-428-12214-1

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☉

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Im Wintersemester 2005/2006 wurde die vorliegende Arbeit vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin als Dissertation angenommen. Das Manuskript wurde im August 2005 abgeschlossen. Rechtsänderungen sowie Abhandlungen und Entscheidungen konnten bis zum Frühjahr 2006 berücksichtigt werden.

Meinem verehrten Lehrer Herrn Professor Dr. Walter Krebs danke ich für vielfältige Förderung und Unterstützung. Danken möchte ich weiterhin Herrn Professor Dr. Martin Schwab für die zügige Erstattung des Zweitgutachtens. Frau Professor Dr. Barbara Remmert und meinen Kollegen am Lehrstuhl bin ich für viele anregende Gespräche verbunden. Für ihre liebevolle Unterstützung möchte ich an dieser Stelle auch meiner Familie danken. Die Hanns-Seidel-Stiftung hat diese Arbeit mit einem Stipendium aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert.

Berlin, im Mai 2006

Ariane Berger

Inhaltsübersicht

Einleitung und Gang der Untersuchung	23
---	----

Erster Teil

Gemischtwirtschaftliche Unternehmen als staatliche Entscheidungseinheiten	28
Erster Abschnitt: Staat als Entscheidungseinheit	28
Zweiter Abschnitt: Entscheidungsherrschaft als Kriterium der Staatseigenschaft ..	31
A. Beherrschungsansatz	31
B. Steuerungsinstrumente des Staates	36
C. Grenzen des Kriteriums der staatlichen Entscheidungsherrschaft	63
Dritter Abschnitt: Rechtsform als Kriterium der Staatseigenschaft	68
A. Organisationsrecht als Steuerungsinstrument und Entscheidungsprämisse	68
B. Grenzen des Rechtsformkriteriums	73
Vierter Abschnitt: Ingerenzpflicht des staatlichen Beteiligten	77
Fünfter Abschnitt: Öffentliche Aufgabe als Kriterium der Staatseigenschaft	81
A. Öffentliche Aufgabe als staatlicher Entscheidungsbereich und -maßstab	82
B. Fehlende Spezifizierbarkeit	85
C. Verfassungs- und einfachrechtliche Konkretisierung öffentlicher Aufga- ben	92
Ergebnis zum Ersten Teil	94

Zweiter Teil

Gemischtwirtschaftliche Gesellschaften als Zuständigkeitsrechtssubjekte	96
Erster Abschnitt: Staat als rechtliche Entscheidungseinheit	96
Zweiter Abschnitt: Zuständigkeitsrechtssätze als Kriterien der Staatseigenschaft ..	98
A. Gemischtwirtschaftliche Gesellschaften als Zuständigkeitsrechtskom- plexe	98
B. Relativität der Staatseigenschaft	109
C. Ergebnis	114
Dritter Abschnitt: Vertraglich zugewiesene Zuständigkeiten	115
A. Vertragliche Zuweisungen von Zuständigkeiten	117
B. Auslegung der vertraglichen Bestimmungen	122

C. Möglichkeit gesellschaftrechtswidriger Auslegungsergebnisse	127
Vierter Abschnitt: Auslegung gesellschaftsvertraglicher Bestimmungen über den Unternehmensgegenstand	128
A. Typische gesellschaftsvertragliche Bestimmungen	130
B. Wortlaut	133
C. Systematische Auslegung	141
D. Teleologische Auslegung	166
E. Ergebnis	167
Fünfter Abschnitt: Auslegung einzelvertraglicher Bestimmungen über den Ver- tragsgegenstand	168
A. Typische vertragliche Bestimmungen	168
B. Wortlaut	172
C. Systematische Auslegung	185
D. Teleologische Auslegung	197
E. Ergebnis	198
Sechster Abschnitt: Zuständigkeitskonforme Auslegung von Verträgen	198
A. Rechtssatzkonforme Auslegung von Verträgen	199
B. Zuständigkeitskonforme Auslegung von Verträgen	201
C. Ergebnis	213
Ergebnis zum Zweiten Teil	214

Dritter Teil

Inhalt und Umfang kommunaler Sachzuständigkeiten	216
Erster Abschnitt: Staatseigenschaft gemischtwirtschaftlicher Abfallentsorgungsgesellschaften	216
A. Inhalt und Umfang der Zuständigkeit aus § 15 Abs. 1 S. 1 KrW-/AbfG	218
B. Sonstige kommunal- und satzungrechtliche Vorschriften	232
C. Ergebnis	233
Zweiter Abschnitt: Staatseigenschaft gemischtwirtschaftlicher Straßenreinigungsgesellschaften	233
A. Inhalt und Umfang der Zuständigkeit aus § 49a Abs. 1 S. 1 BbgStrG ...	234
B. Sonstige kommunal- und satzungrechtliche Vorschriften	243
C. Ergebnis	245
Ergebnis zum Dritten Teil	245

Vierter Teil

Zusammenfassung	247
Literaturverzeichnis	256
Sachwortverzeichnis	286

Inhaltsverzeichnis

Einleitung und Gang der Untersuchung	23
--	----

Erster Teil

Gemischtwirtschaftliche Unternehmen als staatliche Entscheidungseinheiten	28
--	----

Erster Abschnitt

Staat als Entscheidungseinheit	28
---------------------------------------	----

Zweiter Abschnitt

Entscheidungsherrschaft als Kriterium der Staatseigenschaft	31
--	----

A. Beherrschungsansatz	31
B. Steuerungsinstrumente des Staates	36
I. Gesellschaftsrechtliche Steuerungsinstrumente	37
1. Kapitalanteil als zentrales Steuerungsinstrument	37
2. Unternehmensgegenstand	45
3. Zwischenergebnis	51
II. Aktienkonzernrechtliche Steuerungsinstrumente	51
III. Sonstige Steuerungsinstrumente	53
1. Kontrolle	53
2. Rechtliche Rahmenordnung	57
3. Einzelvertraglich vereinbarte Steuerungsinstrumente	58
4. Faktische Steuerungsinstrumente	59
C. Grenzen des Kriteriums der staatlichen Entscheidungsherrschaft	63
I. Komplexität unternehmerischer Entscheidungsprozesse	63
II. Vernachlässigung des privaten Entscheidungsanteils	66

Dritter Abschnitt

Rechtsform als Kriterium der Staatseigenschaft	68
---	----

A. Organisationsrecht als Steuerungsinstrument und Entscheidungsprämisse	68
I. Dualismus der Rechtsformen	69

II.	Privatautonomie als Freiheit Privater	72
B.	Grenzen des Rechtsformkriteriums	73
I.	Indizielle Wirkung der Rechtsform	73
II.	Verwaltung in Privatrechtsform	76

Vierter Abschnitt

Ingerenzpflicht des staatlichen Beteiligten	77
--	----

Fünfter Abschnitt

Öffentliche Aufgabe als Kriterium der Staatseigenschaft	81	
A.	Öffentliche Aufgabe als staatlicher Entscheidungsbereich und -maßstab	82
B.	Fehlende Spezifizierbarkeit	85
I.	Positive Begriffsbestimmungen	85
II.	Negative Begriffsbestimmungen	87
III.	Zwischenergebnis	91
C.	Verfassungs- und einfachrechtliche Konkretisierung öffentlicher Aufgaben ...	92
Ergebnis zum Ersten Teil	94	

Zweiter Teil

Gemischtwirtschaftliche Gesellschaften als Zuständigkeitsrechtssubjekte	96
--	----

Erster Abschnitt

Staat als rechtliche Entscheidungseinheit	96
--	----

Zweiter Abschnitt

Zuständigkeitsrechtssätze als Kriterien der Staatseigenschaft	98	
A.	Gemischtwirtschaftliche Gesellschaften als Zuständigkeitsrechtskomplexe ...	98
I.	Eigenzuständigkeiten	99
II.	Transitorische Wahrnehmungszuständigkeiten	100
III.	Gemischtwirtschaftliche Gesellschaften als Organwalter	103
1.	Dienstrechtliche Zurechnung menschlichen Verhaltens	103
2.	Organschaftliche und dienstrechtliche Zurechnung	105
IV.	Zwischenergebnis	109
B.	Relativität der Staatseigenschaft	109
C.	Ergebnis	114

Dritter Abschnitt

Vertraglich zugewiesene Zuständigkeiten	115
A. Vertragliche Zuweisungen von Zuständigkeiten	117
I. Staatliche Erklärung	118
II. Rechtsfolge	120
III. Zwischenergebnis	122
B. Auslegung der vertraglichen Bestimmungen	122
I. Keine Anwendbarkeit der §§ 133, 157 BGB	124
II. Objektive Auslegung von Rechtssätzen	126
C. Möglichkeit gesellschaftsrechtswidriger Auslegungsergebnisse	127

Vierter Abschnitt

Auslegung gesellschaftsvertraglicher Bestimmungen über den Unternehmensgegenstand	128
A. Typische gesellschaftsvertragliche Bestimmungen	130
B. Wortlaut	133
I. Verpflichtung eines staatlichen Rechtssubjektes	133
1. Verpflichtung der Gesellschaft	133
a) Verpflichtung	133
b) Verpflichtung der Gesellschaft	135
2. Verpflichtung eines staatlichen Rechtssubjektes	137
a) (Teil-)Identität der Entscheidungsbereiche von Verwaltungsträger und Gesellschaft	137
b) Ausrichtung des Unternehmensgegenstandes am Gemeinwohl	139
II. Zwischenergebnis	140
C. Systematische Auslegung	141
I. Bedeutung von Rechtsbindungsanordnungen	141
II. Bedeutung der staatlichen Anteilsmehrheit	144
1. Wortlaut, Systematik und Telos	145
2. Bedeutung der staatlichen Anteilsmehrheit in anderen Rechtsvorschriften	147
a) Kommunalrechtliche und haushaltsrechtliche Vorschriften	147
b) Vergaberechtliche Vorschriften	151
c) Vorschriften der Transparenzrichtlinie	153
d) Kommunalrechtliche Inkompatibilitätsregeln	156
3. Zwischenergebnis	160
III. Zustimmung- und Weisungsrechte	160

IV. Einrichtung von Koordinierungsgremien	162
V. Zwischenergebnis	165
D. Teleologische Auslegung	166
E. Ergebnis	167

Fünfter Abschnitt

Auslegung einzelvertraglicher Bestimmungen über den Vertragsgegenstand

168

A. Typische vertragliche Bestimmungen	168
B. Wortlaut	172
I. Verpflichtung der Gesellschaft	173
II. Verpflichtung der Gesellschaft als Organ	173
1. Erfüllungsgehilfen, Dritte und Stellvertreter	174
a) Organschaftliche Zurechnung und andere Vertretungsformen ...	177
b) Verpflichtung zum Entscheiden in Person	179
2. Zwischenergebnis	182
III. Verpflichtung der Gesellschaft als Zurechnungsendsubjekt	183
IV. Zwischenergebnis	184
C. Systematische Auslegung	185
I. Vergütungsanspruch der Gesellschaft	185
II. Bestimmungen über die Zurechnung von Haftungsfolgen	186
III. Widmung der Infrastruktur als öffentliche Einrichtung	188
IV. Bestimmungen über die Erhebung von Gebühren	190
V. Rechtsbindungsanordnungen	191
VI. Informations-, Kontroll- und Weisungsrechte zugunsten des Verwaltungsträgers	192
VII. Recht zur Ersatzvornahme zugunsten des Verwaltungsträgers	193
VIII. Gestaltung der Vertragsbeendigung und ihrer Folgen	194
IX. Kooperationsverträge und Einrichtung eines Beirates	195
D. Teleologische Auslegung	197
E. Ergebnis	198

Sechster Abschnitt

Zuständigkeitskonforme Auslegung von Verträgen

198

A. Rechtssatzkonforme Auslegung von Verträgen	199
B. Zuständigkeitskonforme Auslegung von Verträgen	201

I.	Verpflichtung zur Zuweisung von Wahrnehmungszuständigkeiten	202
1.	Verpflichtung zum Entscheiden in Person	202
2.	Inhalt und Umfang der Verpflichtung zum Entscheiden in Person . .	202
a)	Entscheidungszuständigkeiten	203
b)	Sachmaterienbezogene Zuständigkeiten	206
aa)	Erledigung einer Sachaufgabe	206
bb)	Verantwortungsstufen	207
(a)	Erfüllungsverantwortung	207
(b)	Sicherstellungs- und Gewährleistungsverantwortung	208
3.	Zwischenergebnis	211
II.	Verpflichtung zur Zuweisung von Eigenzuständigkeiten	212
C.	Ergebnis	213
	Ergebnis zum Zweiten Teil	214

Dritter Teil

Inhalt und Umfang kommunaler Sachzuständigkeiten 216

Erster Abschnitt

**Staatseigenschaft gemischtwirtschaftlicher
Abfallentsorgungsgesellschaften** 216

A.	Inhalt und Umfang der Zuständigkeit aus § 15 Abs. 1 S. 1 KrW-/AbfG	218
I.	Wortlaut	219
II.	Genetische Auslegung	219
III.	Systematische Auslegung	221
1.	§§ 15 Abs. 2, 16 Abs. 2 S. 1, 17 Abs. 3, 18 Abs. 2 KrW-/AbfG	221
2.	§ 16 Abs. 1 S. 1 KrW-/AbfG	222
a)	„Dritter“	223
b)	„Mit der Erfüllung ihrer Pflichten beauftragen“	224
IV.	Teleologische Auslegung	226
1.	Zuweisung eindeutiger Verantwortlichkeiten	227
2.	Zweck optimaler Aufgabenerledigung	227
3.	Abschließende gesetzliche Regelung	229
V.	Zwischenergebnis	232
B.	Sonstige kommunal- und satzungsrechtliche Vorschriften	232
C.	Ergebnis	233

	Staatseigenschaft gemischtwirtschaftlicher Straßenreinigungsgesellschaften	233
A.	Inhalt und Umfang der Zuständigkeit aus § 49a Abs. 1 S. 1 BbgStrG	234
I.	Wortlaut und Genese	234
II.	Systematische Auslegung	235
III.	Teleologische Auslegung	236
1.	Optimale Aufgabenerledigung	236
2.	Grenzen der Nachvollziehbarkeit	237
IV.	Zwischenergebnis	243
B.	Sonstige kommunal- und satzungsrechtliche Vorschriften	243
C.	Ergebnis	245
	Ergebnis zum Dritten Teil	245

Vierter Teil

	Zusammenfassung	247
Literaturverzeichnis	256
Sachwortverzeichnis	286

Verzeichnis der verwendeten Gesetze und ihrer Abkürzungen

AbfSa Potsdam	Satzung über die Abfallentsorgung der Landeshauptstadt Potsdam (Abfallentsorgungssatzung) v. 10.03.2004, Amtsblatt für die Landeshauptstadt Potsdam Nr. 8/2004, S. 3, zuletzt geändert durch Satzung v. 14.12.2005, Amtsblatt für die Landeshauptstadt Potsdam Nr. 16/2005, S. 26.
AbfSa Rostock	Satzung über die Abfallwirtschaft in der Hansestadt Rostock (Abfallsatzung) v. 17.12.2005, öffentlich bekanntgemacht unter http://www.rostock.de/Internet/stadtverwaltung/download/abfallwirt.pdf , abgefragt am 08.05.2006.
BayAbfG	Gesetz zur Vermeidung, Verwertung und sonstigen Entsorgung von Abfällen in Bayern v. 09.08.1996, GVBl. S. 396, zuletzt geändert durch Gesetz v. 05.04.2006, GVBl. S. 178.
BayGKZ	Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit für den Freistaat Bayern v. 20.06.1994, GVBl. S. 555, zuletzt geändert durch Gesetz v. 26.07.2004, GVBl. S. 272.
BayGO	Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern v. 22.08.1998, GVBl. S. 796, zuletzt geändert durch Gesetz v. 24.12.2005, GVBl. S. 665.
BayHO	Haushaltsordnung des Freistaates Bayern, BayRS 630-1-F, zuletzt geändert am 24.03.2004, GVBl. S. 84.
BayKreisO	Landkreisordnung für den Freistaat Bayern v. 22.08.1998, GVBl. S. 826, zuletzt geändert am 24.12.2005, GVBl. S. 665.
BayKWG	Gesetz über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte v. 05.04.2000, GVBl. S. 198, zuletzt geändert durch Gesetz v. 09.07.2003, GVBl. S. 419.
BayRDG	Bayerisches Gesetz zur Regelung von Notfallrettung, Krankentransport und Rettungsdienst (Bayerisches Rettungsdienstgesetz) v. 08.01.1998, GVBl. S. 9, zuletzt geändert durch Gesetz v. 24.03.2004, GVBl. S. 84.
BayVerf	Verfassung des Freistaates Bayern v. 15.12.1998, GVBl. S. 991, zuletzt geändert am 10.11.2003, GVBl. S. 817.
BbgAbfG	Brandenburgisches Abfallgesetz v. 06.07.1997, GVBl. I S. 40, zuletzt geändert durch Gesetz v. 22.06.2005, GVBl. I S. 215.
BbgGKG	Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit v. 28.05.1999, GVBl. I S. 194.
BbgGO	Gemeindeordnung für das Land Brandenburg v. 10.10.2001, GVBl. I S. 154, zuletzt geändert durch Gesetz v. 22.06.2005, GVBl. I S. 210.

BbgHO	Landeshaushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung v. 21.04.1999, GVBl. I S. 106, zuletzt geändert durch Gesetz v. 22.06.2005, GVBl. I S. 210, 211.
BbgKAG	Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg v. 31.03.2004, GVBl. I S. 174, geändert durch Gesetz v. 26.04.2005, GVBl. I S. 170.
BbgKreisO	Landkreisordnung für das Land Brandenburg v. 15.10.1993, GVBl. I S. 398, 433, zuletzt geändert durch Gesetz v. 22.06.2005, GVBl. I S. 210.
BbgKWG	Gesetz über die Kommunalwahlen im Land Brandenburg v. 10.10.2001, GVBl. I S. 198, zuletzt geändert durch Gesetz v. 22.03.2004, GVBl. I S. 59, 66.
BbgStrG	Brandenburgisches Straßengesetz v. 31.03.2005, GVBl. I S. 218.
BbgVerf	Verfassung des Landes Brandenburg v. 20.08.1992, GVBl. I S. 298, zuletzt geändert durch Gesetz v. 16.06.2004, GVBl. I S. 254.
BbgWassG	Brandenburgisches Wassergesetz v. 08.12.2005, GVBl. I S. 50.
BerlRDG	Gesetz über den Rettungsdienst für das Land Berlin v. 08.07.1993, GVBl. S. 313, zuletzt geändert durch Gesetz v. 24.06.2004, GVBl. S. 257.
BerlWG	Gesetz über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen v. 25.09.1987, GVBl. S. 2370, zuletzt geändert durch Gesetz v. 11.10.2005, GVBl. S. 534.
BHO	Bundeshaushaltsordnung v. 19.08.1969, BGBl. I S. 1284, zuletzt geändert durch Gesetz v. 22.09.2005, BGBl. I S. 2809.
BLG	Bundesleistungsgesetz v. 19.10.1956, BGBl. I S. 815, zuletzt geändert durch Gesetz v. 12.08.2005, BGBl. I S. 2354.
BWAbfG	Gesetz über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen in Baden-Württemberg v. 15.10.1996, GBl. S. 617, zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.03.2005, GBl. S. 206.
BWGKZ	Gesetz über kommunale Zusammenarbeit v. 16.09.1974, GBl. S. 408, zuletzt geändert durch Gesetz v. 14.12.2004, GBl. S. 884.
BWGO	Gemeindeordnung für Baden-Württemberg v. 24.07.2000, GBl. S. 582, zuletzt geändert durch Gesetz v. 14.02.2006, GBl. S. 20.
BWHO	Landeshaushaltsordnung für Baden-Württemberg v. 19.10.1971, GBl. S. 428, zuletzt geändert durch Gesetz v. 08.05.2003, GBl. S. 205.
BWKWG	Kommunalwahlgesetz von Baden-Württemberg v. 01.09.1983, GBl. S. 429, zuletzt geändert durch Gesetz v. 28.07.2005, GBl. S. 578.
BWVerf	Verfassung des Landes Baden-Württemberg v. 11.11.1953, GBl. S. 173, zuletzt geändert durch Gesetz v. 23.05.2000, GBl. S. 449.
DGO	Deutsche Gemeindeordnung vom 30.01.1935, RGBl. I S. 49.
EG	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft v. 25.03.1957, BGBl. II S. 766, in der Fassung des Vertrags von Amsterdam v. 02.10.1997, BGBl. 1998 II S. 386, ber. BGBl. 1999 II

	S. 416, zuletzt geändert durch EU-Beitrittsakte 2003 v. 16.04.2003, ABl. Nr. L 236 S. 33.
EnWG	Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung v. 07.07.2005, GVBl. I S. 1970, 3621.
ErbbauVO	Verordnung über das Erbbaurecht v. 15.01.1919, RGBl. S. 72, ber. S. 122, zuletzt geändert durch Gesetz v. 19.04.2006, BGBl. I S. 866.
GewO	Gewerbeordnung v. 22.02.1999, BGBl. I S. 202, zuletzt geändert durch Gesetz v. 06.09.2005, BGBl. I S. 2725.
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen v. 26.08.1998, BGBl. S. 2546, zuletzt geändert durch Gesetz v. 01.09.2005, BGBl. I S. 2676.
HeAbfG	Hessisches Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz v. 20.07.2004, GVBl. I S. 252.
HeGKG	Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit v. 16.12.1969, GVBl. I S. 307, zuletzt geändert durch Gesetz v. 21.03.2005, GVBl. I S. 229.
HeGO	Hessische Gemeindeordnung v. 01.04.2005, GVBl. I S. 142, zuletzt geändert durch Gesetz v. 21.03.2005, GVBl. I S. 229.
HeHO	Hessische Landeshaushaltsordnung v. 15.03.1999, GVBl. I S. 248, zuletzt geändert durch Gesetz v. 20.12.2004, GVBl. I S. 539, 543.
HeKWG	Hessisches Kommunalwahlgesetz v. 01.04.2005, GVBl. I S. 197.
HeVerf	Verfassung des Landes Hessen v. 01.12.1946, GVBl. I S. 229, zuletzt geändert durch Gesetz v. 18.10.2002, GVBl. I S. 628.
HGrG	Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder (Haushaltsgrundsätzegesetz) v. 19.08.1969, BGBl. I S. 1273, zuletzt geändert durch Gesetz v. 23.12.2003, BGBl. I S. 2848.
KrW-/AbfG	Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen (Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz) v. 27.09.1994, BGBl. I S. 2705, zuletzt geändert durch Gesetz v. 01.09.2005, BGBl. I S. 2618.
MVAbfG	Abfallwirtschafts- und Altlastengesetz für Mecklenburg-Vorpommern v. 15.01.1997, GVBl. S. 43, zuletzt geändert durch Gesetz v. 17.12.2003, GVBl. 2004 S. 2.
MVHO	Landeshaushaltsordnung Mecklenburg-Vorpommern v. 10.04.2000, GVBl. S. 159, zuletzt geändert durch Gesetz v. 19.12.2005, GVBl. S. 612.
MVKV	Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern v. 08.06.2004, GVBl. S. 205, zuletzt geändert durch Gesetz v. 19.12.2005, GVBl. S. 640.
MVKWG	Kommunalwahlgesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern v. 19.12.2005, GVBl. S. 640.

MVStrG	Straßen- und Wegegesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern v. 13.01.1993, GVBl. S. 42, zuletzt geändert durch Gesetz v. 14.03.2005, GVBl. S. 91.
MVVerf	Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern v. 23.05.1993, GVBl. S. 372, zuletzt geändert durch Gesetz v. 04.04.2000, GVBl. S. 158.
NdsAbfG	Niedersächsisches Abfallgesetz v. 14.07.2003, GVBl. S. 273, zuletzt geändert durch Gesetz v. 23.03.2006, GVBl. S. 175.
NdsGKZ	Niedersächsisches Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit v. 19.02.2004, GVBl. S. 63, zuletzt geändert durch Gesetz v. 15.11.2005, GVBl. S. 342.
NdsGO	Niedersächsische Gemeindeordnung v. 22.08.1996, GVBl. S. 382, zuletzt geändert durch Gesetz v. 15.11.2005, GVBl. S. 352.
NdsHO	Niedersächsische Landeshaushaltsordnung v. 30.04.2001, GVBl. S. 276, zuletzt geändert durch Gesetz v. 17.12.2004, GVBl. S. 664.
NdsKWG	Niedersächsisches Gemeinde- und Kreiswahlgesetz v. 20.02.2001, GVBl. S. 83, zuletzt geändert durch Gesetz v. 05.11.2004, GVBl. S. 394.
NdsPressG	Niedersächsisches Pressegesetz v. 22.03.1965, GVBl. S. 9, zuletzt geändert durch Gesetz v. 20.11.2001, GVBl. S. 701.
NdsVerf	Niedersächsische Verfassung v. 19.05.1993, GVBl. S. 107, zuletzt geändert durch Gesetz v. 21.11.1997, GVBl. S. 480.
NrWAbfG	Abfallgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen v. 21.06.1988, GV. NRW. S. 250, zuletzt geändert durch Gesetz v. 05.04.2005, GV. NRW. S. 306.
NrWGKG	Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit v. 01.10.1979, GV. NRW. S. 621, zuletzt geändert durch Gesetz v. 05.04.2005, GV. NRW. S. 274.
NrWGO	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen v. 14.07.1994, GV. NRW. S. 666, zuletzt geändert durch Gesetz v. 03.05.2005, GV. NRW. S. 498.
NrWHO	Landeshaushaltsordnung Nordrhein-Westfalen v. 26.04.1999, GV. NRW. S. 158, zuletzt geändert durch Gesetz v. 02.07.2002, GV. NRW. S. 284.
NrWKWG	Gesetz über die Kommunalwahlen im Lande Nordrhein-Westfalen (Kommunalwahlgesetz) v. 30.06.1998, GV. NRW. S. 454, ber. S. 509, zuletzt geändert durch Gesetz v. 05.04.2005, GV. NRW. S. 332.
NrWVerf	Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen v. 28.06.1950, GV. NRW. S. 127, zuletzt geändert durch Gesetz v. 22.06.2004, GV. NRW. S. 360.
PBefG	Personenbeförderungsgesetz v. 08.08.1990, BGBl. I S. 1690, zuletzt geändert durch Gesetz v. 07.07.2005, BGBl. I S. 1954.
PostG	Postgesetz v. 22.12.1997, BGBl. I S. 3294, zuletzt geändert durch Gesetz v. 25.11.2003, BGBl. I S. 2304.

RegG	Gesetz zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs (Regionalisierungsgesetz) v. 27.12.1993, BGBl. I S. 2378, 2395, zuletzt geändert durch Gesetz v. 29.12.2003, BGBl. I S. 3076.
RPAbfG	Landesabfallwirtschafts- und Altlastengesetz Rheinland-Pfalz v. 02.04.1998, GVBl. S. 97, zuletzt geändert durch Gesetz v. 25.07.2005, GVBl. S. 302.
RPGO	Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz v. 31.01.1994, GVBl. S. 153, zuletzt geändert durch Gesetz v. 02.03.2006, GVBl. S. 57.
RPHO	Landeshaushaltsordnung Rheinland-Pfalz v. 20.12.1971, GVBl. 1972 S. 2, zuletzt geändert durch Gesetz v. 06.02.2001, GVBl. S. 29.
RPKWG	Landesgesetz über die Wahlen zu den kommunalen Vertretungsorganen v. 31.01.1994, GVBl. S. 137, zuletzt geändert durch Gesetz v. 02.03.2006, GVBl. S. 57.
RPVerf	Verfassung für Rheinland-Pfalz v. 18.05.1947, GVBl. S. 209, zuletzt geändert durch Gesetz v. 16.12.2005, GVBl. 2006 S. 20.
RPZVG	Zweckverbandsgesetz Rheinland-Pfalz v. 22.12.1982, GVBl. S. 476, zuletzt geändert durch Gesetz v. 02.03.2006, GVBl. S. 57.
SAAbfG	Abfallgesetz des Landes Sachsen-Anhalt v. 10.03.1998, GVBl. S. 112, zuletzt geändert durch Gesetz v. 22.12.2004, GVBl. S. 852.
SaarAbfG	Saarländisches Abfallwirtschaftsgesetz v. 26.11.1997, ABl. S. 1352, 1356, zuletzt geändert durch Gesetz v. 12.06.2002, ABl. S. 1414.
SaarGKG	Saarländisches Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit v. 27.06.1997, ABl. S. 723, zuletzt geändert durch Gesetz v. 08.10.2003, ABl. 2004 S. 594.
SaarHO	Gesetz Nr. 938 betreffend die Haushaltsordnung des Saarlandes v. 03.11.1971, ABl. S. 733, in der Fassung der Bekanntmachung v. 05.11.1999, ABl. 2000 S. 194.
SaarKSVG	Saarländisches Kommunalselfstverwaltungsgesetz v. 15.01.1964 in der Fassung der Bekanntmachung v. 27.06.1997, ABl. S. 682, zuletzt geändert durch Gesetz v. 13.12.2005, ABl. S. 2010.
SaarKWG	Kommunalwahlgesetz Saarland v. 13.12.1973, ABl. S. 841, zuletzt geändert durch Gesetz v. 31.03.2004, ABl. S. 1037.
SaarVerf	Verfassung des Saarlandes v. 15.12.1947, ABl. S. 1077, zuletzt geändert durch Gesetz v. 05.09.2001, ABl. S. 1630.
SächsAbfG	Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz v. 31.05.1999, GVBl. S. 261, zuletzt geändert durch Gesetz v. 05.05.2004, GVBl. S. 148.
SächsGKZ	Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit für den Freistaat Sachsen v. 19.08.1993, GVBl. S. 815, ber. S. 1103, zuletzt geändert durch Gesetz v. 05.05.2004, GVBl. S. 148.
SächsGO	Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen v. 18.03.2003, GVBl. S. 55, zuletzt geändert durch Gesetz v. 11.05.2005, GVBl. S. 155.

SächsHO	Haushaltsordnung des Freistaates Sachsen v. 10.04.2001, GVBl. S. 153, geändert durch Gesetz v. 13.12.2002, GVBl. S. 333.
SächsKWG	Gesetz über die Kommunalwahlen im Freistaat Sachsen v. 05.09.2003, GVBl. S. 428, GVBl. 2004 S. 182, geändert durch Gesetz v. 28.05.2004, GVBl. S. 196.
SächsÖPNVG	Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Freistaat Sachsen v. 14.12.1995, GVBl. S. 412, 449, zuletzt geändert durch Gesetz v. 28.05.2004, GVBl. S. 196.
SächsVerf	Verfassung des Freistaates Sachsen v. 27.05.1992, GVBl. S. 243.
SAGKG	Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit für Sachsen-Anhalt v. 26.02.1998, GVBl. S. 81, zuletzt geändert durch Gesetz v. 22.03.2006, GVBl. S. 128.
SAGO	Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt v. 05.10.1993, GVBl. S. 568, zuletzt geändert durch Gesetz v. 22.12.2004, GVBl. S. 852.
SAHO	Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt v. 30.04.1991, GVBl. S. 35, zuletzt geändert durch Gesetz v. 28.04.2004, GVBl. S. 246.
SAKWG	Kommunalwahlgesetz für das Land Sachsen-Anhalt v. 27.02.2004, GVBl. S. 92, geändert durch Gesetz v. 20.12.2005, GVBl. S. 807.
SAVerf	Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt v. 16.07.1992, GVBl. S. 600, geändert durch Gesetz v. 27.01.2005, GVBl. S. 44.
SHAbfG	Abfallwirtschaftsgesetz für das Land Schleswig-Holstein v. 18.01.1999, GVBl. S. 26, zuletzt geändert durch Gesetz v. 12.10.2005, GVBl. S. 487.
SHGKZ	Gesetz über kommunale Zusammenarbeit für Schleswig-Holstein v. 01.04.1996, GVBl. S. 382, zuletzt geändert durch Gesetz v. 01.02.2005, GVBl. S. 66.
SHGO	Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein v. 28.02.2003, GVBl. S. 57, zuletzt geändert durch Gesetz v. 28.03.2006, GVBl. S. 28.
SHHO	Landeshaushaltsordnung für Schleswig-Holstein v. 29.06.1992, GVBl. S. 381, zuletzt geändert durch Gesetz v. 15.12.2005, GVBl. S. 568.
SHVerf	Verfassung des Landes Schleswig-Holstein v. 13.06.1990, GVBl. S. 391, zuletzt geändert durch Gesetz v. 14.02.2004, GVBl. S. 54.
StrGebSa Potsdam	Straßenreinigungsgebührensatzung der Landeshauptstadt Potsdam v. 14.06.2004, Amtsblatt für die Landeshauptstadt Potsdam Nr. 14/2004, S. 3, zuletzt geändert durch Satzung v. 12.12.2005, Amtsblatt für die Landeshauptstadt Potsdam Nr. 16/2005, S. 22.
StrSa Potsdam	Straßenreinigungssatzung der Landeshauptstadt Potsdam v. 15.12.2004, Amtsblatt für die Landeshauptstadt Potsdam Nr. 24/2004, S. 12, zuletzt geändert durch Satzung v. 14.12.2005, Amtsblatt für die Landeshauptstadt Potsdam Nr. 16/2005, S. 6.

ThürAbfG	Thüringer Gesetz über die Vermeidung, Verminderung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen v. 15.06.1999, GVBl. S. 385, zuletzt geändert durch Gesetz v. 25.11.2004, GVBl. S. 853.
ThürGKG	Thüringer Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit v. 10.10.2001, GVBl. S. 290.
ThürHO	Thüringer Landeshaushaltsordnung v. 28.07.2000, GVBl. S. 282, geändert durch Gesetz v. 10.03.2005, GVBl. S. 58.
ThürKO	Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung v. 28.01.2003, GVBl. S. 41, zuletzt geändert durch Gesetz v. 23.12.2005, GVBl. S. 446.
ThürKWG	Thüringer Gesetz über die Wahlen in den Landkreisen und Gemeinden v. 16.08.1993, GVBl. S. 530, zuletzt geändert durch Gesetz v. 25.11.2004, GVBl. S. 853.
ThürVerf	Verfassung des Freistaats Thüringen v. 25.10.1993, GVBl. S. 625, zuletzt geändert durch Gesetz v. 11.10.2004, GVBl. S. 745.
TKG	Telekommunikationsgesetz v. 22.06.2004, BGBl. I S. 1190, geändert durch Gesetz v. 07.07.2005, BGBl. I S. 1970.
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb v. 03.07.2004, BGBl. I S. 1414, geändert durch Gesetz v. 19.04.2006, BGBl. I S. 866.
VgV	Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung) v. 09.01.2001, BGBl. I S. 110, neugefaßt durch Verordnung v. 11.02.2003, BGBl. I S. 169, zuletzt geändert durch Verordnung v. 01.09.2005, BGBl. I S. 2676.
WassSa Potsdam	Satzung über die öffentliche Wasserversorgung der Landeshauptstadt Potsdam (Wasserversorgungs- und Gebührensatzung) v. 15.12.2005, Amtsblatt für die Landeshauptstadt Potsdam Nr. 16/2005, S. 28.
WHG	Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz) v. 19.08.2002, BGBl. I S. 3245, zuletzt geändert durch Gesetz v. 25.06.2005, BGBl. I S. 1746.

Einleitung und Gang der Untersuchung

Gemischtwirtschaftliche Unternehmen¹ sind Unternehmen in den Rechtsformen der Kapitalgesellschaften², deren Kapitalanteile sowohl von staatlichen Einheiten³ als auch von Privaten⁴ gehalten werden.⁵ Der Begriff der Gemischtwirtschaftlichkeit kennzeichnet eine gemischt staatlich-private Kapitalverteilungsstruktur.

¹ Einen Überblick über die historische Entwicklung staatlicher Wirtschaftsteilnahme geben z. B. *Emmerich*, Wirtschaftsrecht der öffentlichen Unternehmen, S. 24 ff., 38 ff.; *Poschmann*, Grundrechtsschutz, S. 3 ff.; *Püttner*, Öffentliche Unternehmen, S. 13 ff. *Mann*, Gesellschaft, S. 13, Fn. 38 verweist darauf, daß der Begriff „gemischtwirtschaftliches Unternehmen“ erstmals erwähnt wird von *Friedrich Freund*, Die „gemischte wirtschaftliche Unternehmung“, eine neue Gesellschaftsform, Deutsche Juristen-Zeitung, Nr. 18 v. 15.09.1911, Sp. 1113 ff. Abweichende Bezeichnungen treffen u. a. *Schliesky*, Öffentliches Wettbewerbsrecht, S. 39 u. *Stober*, NJW 1984, S. 339 (452) (jeweils „gemischt-private Unternehmen“).

² Die allen landesrechtlichen Vorschriften bekannte Beteiligung Privater an (öffentlichrechtlich organisierten) Zweckverbänden (Art. 17 Abs. 2 S. 2 BayGKZ; § 2 Abs. 2 S. 2 BWGKZ; § 4 Abs. 2 S. 2 BbgGKG; § 3 Abs. 1 S. 2 HeGKG; § 150 Abs. 2 S. 3 MVKV; § 7 Abs. 3 NdsGKZ; § 4 Abs. 2 S. 2 NrWGKG; § 2 Abs. 2 RPZVG; § 2 Abs. 3 SaarlGKG; § 2 Abs. 2 S. 2 SAGKG; § 44 Abs. 2 S. 2 SächsGKZ; § 2 Abs. 2 S. 2 SHGKZ; § 4 Abs. 1 S. 2 ThürGKG) soll hier trotz ihrer gemischt staatlich-privaten Mitgliederstruktur außer Betracht bleiben. Vgl. dazu *Hellermann*, in: Hoppe/Uechtritz (Hrsg.), Handbuch Kommunale Unternehmen, § 7, Rn. 142 ff., 167; *Brüning*, Erledigung, S. 74 ff.; *Püttner*, Öffentliche Unternehmen, S. 62, 168. *Ehlers*, DVBl. 1997, S. 137 (140 f.) weist darauf hin, daß Private die Mitgliedschaft in einem Zweckverband in aller Regel nicht erwerben wollen, weil der Zweckverband vergleichbar einem kommunalen Regiebetrieb organisiert und deshalb auch vergleichbar unselbständig und unflexibel sei. Ebenso *Hellermann*, a. a. O., Rn. 167; *Schink*, VerwArch 85 (1994), S. 251 (275 f.).

³ Der Begriff der „Einheit“ wird in dieser Untersuchung als Oberbegriff für apersonale (Begriff nach *Krebs*, in: HdBStR III, § 69, Rn. 23) organisatorische Gefüge des öffentlichen Rechts und des Privatrechts verwendet.

⁴ Private werden in dieser Untersuchung verstanden als nichtstaatliche Juristische Personen des Privatrechts und natürliche Personen [vgl. ebenso *Ossenbühl*, VVDStRL 29 (1971), S. 137 (144)].

⁵ Z. B. *Eichhorn*, Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis 20 (1968), S. 215 (215); *Püttner*, Öffentliche Unternehmen, S. 26; *Schmidt-Aßmann*, BB 1990, Beil. 34, S. 1 (1); *Spannowsky*, ZHR 169 (1996), S. 560 (562); *Weiß*, Privatisierung, S. 279. Einen Überblick über Begriffsvarianten geben z. B. *R. Scholz*, in: FS Lorenz, S. 213 (218 ff.); *Schliesky*, Öffentliches Wettbewerbsrecht, S. 38 ff.; *Burgi*, Funktionale Privatisierung, S. 77 ff.

Als Unternehmen nehmen sie fortgesetzt und planmäßig am Wirtschaftsverkehr teil.⁶ In verschiedenen Tätigkeitsbereichen bieten sie insbesondere Dienstleistungen gegenüber privaten und staatlichen Rechtssubjekten an und kooperieren⁷ mit diesen. Diese Teilnahme am Wirtschaftsprozeß bedingt notwendig das Eingehen vielfältiger rechtlicher Bindungen. Die Zuordnungssubjekte dieser rechtlichen Bindungen, die sogenannten Rechts- bzw. Unternehmensträger⁸, sind Kapitalgesellschaften, d.h. Juristische Personen des Privatrechts. Sie sollen hier gemischtwirtschaftliche Gesellschaften genannt werden.

Diese gemischtwirtschaftlichen Gesellschaften stehen in verschiedenen Rechtsbeziehungen zu staatlichen und privaten Rechtssubjekten. Es stellt sich deshalb die Frage, welche Rechtsbindungen sie im Rahmen ihrer Unternehmenstätigkeit zu beachten haben, welche Rechtssätze also auf gemischtwirtschaftliche Gesellschaften anwendbar sind.

Über die rechtlichen Vorgaben und Grenzen wirtschaftlicher Tätigkeit des Staates besteht keine Einigkeit.⁹ Die vorliegende Arbeit untersucht, ob und unter welchen Voraussetzungen gemischtwirtschaftliche Gesellschaften an die staatliche Einheiten als Adressaten voraussetzenden Rechtssätze, die hier so genannten Sonderbindungen des Staates¹⁰, gebunden sind.

Wenn Sonderbindungen des Staates diejenigen Rechtssätze sind, die nur auf staatliche Einheiten anwendbar sind, dann bilden diese Sonderbindungen die Trennlinie zwischen Staat und Gesellschaft ab.¹¹ Um zu verhindern, daß diese Trennlinie von der einen oder anderen Seite überschritten wird, muß bestimmt

⁶ Ronellenfitsch, in: HdBSTr III, § 84, Rn. 1.

⁷ Der Begriff der Kooperation meint hier jede Art von Zusammenarbeit von Staat und Privaten bei der Wahrnehmung von Aufgaben. Weitere Nachweise zum Begriff des „kooperativen Staates“ z.B. bei Schuppert, in: Budäus (Hrsg.), Organisationswandel, S. 19 (36 ff.) m. Fn. 70; Weiß, Privatisierung, S. 135 f.; Gurlit, Verwaltungstrag, S. 1, Fn. 1.

⁸ Zum Begriff des Rechtsträgers als Zuordnungssubjekt von Rechten und Pflichten vgl. noch ausführlich unten Zweiter Teil, S. 98 ff. Zum Begriff des Unternehmensträgers vgl. nur K. Schmidt, Handelsrecht, § 5, S. 88 ff.

⁹ So z.B. Schliesky, Öffentliches Wettbewerbsrecht, S. 19, der z.B. die Anwendbarkeit wettbewerbsrechtlicher Vorschriften auf Unternehmen mit staatlicher Beteiligung untersucht. Vgl. ebenso Storr, Staat, S. 489 ff. In jüngerer Zeit wird auch die Bindung dieser Unternehmen an die Grundfreiheiten des EG-Vertrages diskutiert, vgl. nur Weiß, DVBl. 2003, S. 564 (567 ff.); Ehlers, Recht der öffentlichen Unternehmen, E 37 ff., 49, 50 ff.

¹⁰ In Anlehnung an die „Sonderrechts- bzw. Subjektstheorie“, wonach das öffentliche Recht das Sonderrecht des Staates sei. Vgl. dazu Hans J. Wolff, AöR 76 (1950/51), S. 205 ff.; ders., VerwR I⁸, § 22 II c, S. 99 f.; Menger, in: FS Hans J. Wolff, S. 149 (160 ff.); Pestalozza, Formenmißbrauch des Staates, S. 166 ff.; ders., DÖV 1974, S. 188 (189). Von „staatlichen Sonderbindungen“ spricht Gogos, Verselbständigte Verwaltungseinheiten, S. 7 ff., insbes. S. 130 ff. und versteht darunter am Beispiel der Grundrechte Rechtssätze, welche „ausschließlich an den Staat gerichtet“ seien (a.a.O., S. 130).

werden können, auf welche Rechtssubjekte diese Sonderbindungen anwendbar sind.¹² Die Sonderbindungen des Staates zwingen damit zu einer Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft im Einzelfall.¹³ Auch Abgrenzungsprobleme bei gemischt staatlich-privaten Organisationen dürfen nicht zu einem Außerachtlassen des rechtlichen Dualismus zwischen Staat und Gesellschaft führen.¹⁴

Die Sonderbindungen des Staates sind neben einfachrechtlichen Vorschriften auch im Grundgesetz normiert. Neben verfassungsrechtlichen Zuständigkeitsregelungen für Bund und Länder – z.B. Art. 30, 70 GG – sind z.B. Art. 1 Abs. 3¹⁵, 20 Abs. 2 S. 2, Abs. 3 GG ausschließlich an staatliche Einheiten, die „Gesetzgebung, Rechtsprechung und vollziehende Gewalt“, adressiert.

¹¹ Dies gilt auch dann, wenn man sich der Meinung anschließt, daß sich „Staat“ und „Gesellschaft“ real, d.h. als soziale Verbände, nicht von einander trennen lassen und der Dualismus zwischen Staat und Gesellschaft in den veränderten sozialen Strukturen der Gegenwart nicht mehr zeitgemäß ist [vgl. zu dieser Frage Böckenförde, in: FG Hefermehl, S. 11 ff. und *Isensee*, in: Böckenförde (Hrsg.), Staat und Gesellschaft, S. 317 ff.]. Es handelt sich demnach „praktisch gesehen um denselben Verband“ [*Ehmke*, in: FG Smend, S. 23 (25)]. Vgl. zur Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft auch *Bettermann*, DVBl. 1977, S. 180 ff.; *Böckenförde*, Unterscheidung, S. 1 ff.; *K. Hesse*, DÖV 1975, S. 437 ff.; *Koslowski*, Gesellschaft und Staat, S. 1 ff.; *H. H. Rupp*, in: HdBSr I, § 28, Rn. 44 ff.; *W. Schmidt*, AÖR 101 (1976), S. 24 ff.

¹² *Spannowsky*, ZHR 160 (1996), S. 560 (561).

¹³ *Dürig*, in: Maunz/Dürig, GG, Art. 19 Abs. III, Rn. 45; *Groß*, Kollegialprinzip, S. 26; *Hermes*, Infrastrukturverantwortung, S. 147 ff.; *Krebs*, Die Verwaltung 29 (1996), S. 309 (317); *ders.*, in: Schmidt-Aßmann/Hoffmann-Riem (Hrsg.), Verwaltungsorganisationsrecht als Steuerungsressource, S. 339 (348); *Möllers*, Staat als Argument, S. 333 f.; *ders.*, VerwArch 90 (1999), S. 187 (197); v. *Mutius*, in: BK, Art. 19 Abs. 3, Rn. 147; *Schmidt-Aßmann*, in: FS Niederländer, S. 383 (394); *Pieroth*, NWVBl. 1992, S. 85 (88). Dementsprechend werden Ansichten, die von einer gestuften Grundrechtsschutzintensität je nach Umfang des staatlichen Anteilsbesitz ausgehen (vgl. nur *Bull*, Staatsaufgaben, S. 98; *Bethge*, Grundrechtskollisionen, S. 66, Fn. 142; *Emmerich*, Wirtschaftsrecht der öffentlichen Unternehmen, S. 91 ff.) und gemischt-wirtschaftliche Gesellschaften auf einer „Skala“ oder „Abhängigkeitsstufe“ [*F. Wagner*, in: *ders.* (Hrsg.), Verselbständigung, S. 31 ff.] zwischen staatlich und privat verorten wollen (vgl. dazu kritisch *Schuppert*, Verselbständigte Verwaltungseinheiten, S. 165 ff. m.w.N.), dem verfassungs- und einfachrechtlichen Dualismus zwischen Staat und Gesellschaft nicht gerecht.

¹⁴ *Dürig*, in: Maunz/Dürig, GG, Art. 19 Abs. III, Rn. 45 hält Unternehmen ab mindestens 50 Prozent staatlichen Anteilsbesitzes für grundrechtsgebunden, räumt aber schwierige Abgrenzungsfragen bei gemischtwirtschaftlichen Unternehmen ein. „... dieses Abgrenzungsproblem (dürfe man) nicht zum Anlaß (nehmen), die Unterscheidung insgesamt über Bord zu werfen ...“. Vgl. auch *Krebs*, Die Verwaltung 29 (1996), S. 309 (317); *Gogos*, Verselbständigte Verwaltungseinheiten, S. 20; *Groß*, Kollegialprinzip, S. 26; *Schuppert*, Verselbständigte Verwaltungseinheiten, S. 76 ff.; *Isensee*, in: HdBSr V, § 118, Rn. 26.

¹⁵ Für den Bereich der gemischtwirtschaftlichen Unternehmen wird insbesondere die Grundrechtsverpflichtung und bzw. oder -berechtigung derselben diskutiert. Über diese Frage konnte bislang keine Einigkeit erzielt werden [ebenso z.B. *Spannowsky*, ZHR 160 (1996), S. 560 (568)]. Vgl. die zahlreichen Stellungnahmen zur Grundrechts-